



Personen – Fakten - Trends

Vatikan und Myanmar vereinbaren diplomatische Beziehungen

Der Vatikan und Myanmar (Burma) werden künftig diplomatische Beziehungen miteinander pflegen und Botschafter austauschen. Diese spektakuläre Entscheidung wurde kurz nach einem Besuch von Aung San Suu Kyi bei Papst Franziskus Anfang Mai 2017 bekannt gegeben. Die frühere Oppositionsführerin und Chefin der „Nationalliga für Demokratie“, deren Partei nach knapp über 50 Jahren Militärdiktatur im Spätherbst 2015 einen überwältigenden Wahlsieg davongetragen hatte, leitet seit dem Frühjahr 2016 die Regierungsgeschäfte des ostasiatischen Landes. Allein die Tatsache, dass San Suu's Söhne britische Pässe besitzen, war ausschlaggebend dafür, dass sie – laut Verfassung – nicht ins Amt des burmesischen Staatspräsidenten berufen werden konnte, das jetzt der Wirtschaftswissenschaftler Htisu Kyaw inne hat. Aung San Suu Kyi ist de facto „Ministerpräsidentin“, Außenministerin sowie Leiterin des Präsidialamtes.

Viele der Anhänger von San Suu bringen inzwischen ihr Bedauern darüber zum Ausdruck, dass die Regierungschefin noch immer nicht entschlossen genug gegen die von den Militärs fortgesetzte Verfolgung von islamischen und anderen Minderheiten im Lande Stellung bezogen hat. Obwohl die Militärs ins zweite Glied getreten seien, so die Meinung vieler politischer Beobachter, dürfe man die ihnen verbliebene Macht nicht unterschätzen. Vor allem seien die Generäle und ihre Familien nicht bereit, sich von irgendjemandem die über Jahrzehnte hinweg erworbenen „Privilegien“ beim Abbau von Bodenschätzen nehmen zu lassen. Darum sei in dieser Anfangsphase der Regierungszeit von Aung San Suu Kyi „doppelte Vorsicht“ geboten.

Von den 51 Millionen Einwohnern Myanmars sind 88 Prozent bekennende Buddhisten. Nur 659.000 Burmesen sind Katholiken.

Bischof Oster kritisiert „Lightversion des Evangeliums“ beim BDKJ

Der deutsche katholische Jugendbischof Stefan Oster fordert von den kirchlichen Jugendverbänden, die Gottes- und Glaubensfrage stärker in den Mittelpunkt zu stellen. Die Verbände gäben sich teils mit einer "Lightversion des Evangeliums" zufrieden, sagte Oster Anfang Mai bei der Hauptversammlung des Bundes der Katholischen Jugend (BDKJ) im bergischen Odenthal-Altenberg.

Oster lobte das sozialpolitische Engagement der Verbände etwa für Flüchtlinge und dankte ihnen für die demokratische Beteiligungskultur. Kritik übte er aber an dem BDKJ-Positionspapier "Theologie der Verbände", in dem Jesus "zu einer Karikatur" verkommen sei. Er sei nicht "so ein Netter", der die unterschiedlichen Wege, mit ihm zu leben, einfach bestätige. Vielmehr sei er die "größte Herausforderung" seit Menschengedenken.

Die Verbände haben nach den Worten Osters vergessen, Jesus als denjenigen zu verkündigen, der den Einzelnen zu einer dramatischen persönlichen Entscheidung herausfordere und rette. Aus der Entscheidung für Jesus folge alles andere wie etwa gesellschaftliches Engagement. Als positives Beispiel nannte Oster die katholische Jugendorganisation Loretto Gemeinschaft in Österreich: Sie vertrete diese Botschaft beispielhaft.

In der kontroversen Diskussion wiesen Delegierte und der BDKJ-Bundespräsident, Pfarrer Dirk Bingener, entschieden den Vorwurf der "Lightversion des Evangeliums" zurück. Der BDKJ-Bundesvorsitzende Wolfgang Ehrenlechner forderte, den "Zaun der Reizthemen" wie Zölibat oder die Nichtzulassung von Frauen zu kirchlichen Ämtern niederzureißen, der für viele Menschen eine Barriere für den Glauben darstelle.

Bischof von Chur bleibt bis 2019 im Amt

Papst Franziskus hat die Amtszeit des umstrittenen Churer Bischofs Vitus Huonder um zwei Jahre verlängert, wie die Schweizer Diözese online mitteilte. Erst nach Ablauf der Zwei-Jahres-Frist werde über die Neubesetzung des Bischofssitzes entschieden.

Der 75-jährige Huonder ist seit seinem Amtsantritt 2007 in Chur umstritten. Wie schon unter seinem Vor-Vorgänger Bischof Wolfgang Haas (1988/90-1997) polarisiert er in der Diözese, zu der ländlich geprägte Kantone der Zentralschweiz ebenso gehören wie die liberale und protestantisch geprägte Metropole Zürich. Mit verbalen Vorstößen zu Sexualität, Kirchenverfassung oder Lebensschutz outete sich der Churer Bischof auch landesweit immer wieder als Protagonist des konservativen Kirchenflügels.

„Der Vertrauensbeweis seitens des Papstes hat mich gerührt und mit großer Dankbarkeit erfüllt“, schreibt Huonder in einem Brief an die Mitarbeiter seiner Diözese, aus dem das Nachrichtenportal „kath.ch“ zitiert.

Der Papst setze mit seiner Entscheidung auf Kontinuität, meint Huonder. Dies ermögliche ihm, „noch nicht abgeschlossene Arbeiten weiterzuführen“. Er wolle sich gerne weiter mit all seinen Kräften einsetzen um den Hirtendienst fortzusetzen, „zum Heil der Seelen und zum Wohl der Kirche von Chur“.

In einem von der „Luzerner Zeitung“ veröffentlichten Interview erklärte der Bischof, dass er hoffe, der Entscheid des Papstes werde „mit Respekt aufgenommen“.

Er wolle wie bisher „in voller Übereinstimmung mit der kirchlichen Lehre und Disziplin“ wirken. Dass diese Disziplin „in gewissen Kreisen Widerstand hervorgerufen“ habe, verglich er in dem Interview mit einer Infektion, an der die katholische Kirche auch in der Diözese Chur leide.

Infiziert sei sie mit „Abweichungen von der kirchlichen Lehre und Disziplin sowie von Missbräuchen in der Liturgie“. Hinsichtlich einer Genesung der Kirche ist Huonder dabei zuversichtlich: „Infektionen sind meist mit Fieber verbunden. Aber das Fieber hilft auch, dass der Organismus wieder gesundet.“

Viele Gläubige kämen „immer wieder dankbar“ auf ihn zu und sagten, dass sie seine Haltung in ihrem Glauben bestärke, hob der Bischof hervor. Seine Kritiker wollten die Lage in Chur und rund um ihn nicht beruhigen, so sein Vorwurf. „Es geht ihnen um die Veränderung des überlieferten Glaubens der Kirche oder ihrer Disziplin, etwa hinsichtlich der Priesterweihe und des Zölibats“, meinte Huonder. Diese Ziele unterstütze er nicht, im Gegenteil müsse er als Bischof der Kirchenlehre treu bleiben: „Wer die Lehre ändern will, soll das in Rom deponieren, nicht bei mir.“

Johanna Rahner fordert Zugang der Frauen zum Weiheamt

Nach Ansicht der Tübinger katholischen Theologin Johanna Rahner steht die Rolle der Frauen in der katholischen Kirche vor einem fundamentalen Wandel. "Kirche kann es sich auf Dauer weder theologisch noch soziologisch leisten, Frauen nicht zu weihen", sagte die Dogmatikerin in einem Interview des Portals katholisch.de. Es gebe zudem "kein stimmiges ekklesiologisches oder historisches Argument, das Frauen vom Weiheamt ausschließen würde", so Rahner weiter. In der katholischen Kirche gibt es zwar geweihte Jungfrauen und auch die Weihe von Äbtissinnen. Vom priesterlichen Weiheamt sind Frauen bislang ausgeschlossen.

Dem stehe entgegen, dass Frauen immer mehr Aufgaben in der Seelsorge wahrnehmen, sagte Rahner. Denn wenn "alles pastorale Handeln notwendig auch sakramental" sei, müsse daraus auch der Zugang zum Weiheamt folgen. "Erst dadurch wird deutlich, dass Frauen im Auftrag und als Abbild der Kirche handeln."

Als "ersten Schritt" schlug Rahner ein Modell vor, das dem Ständigen Diakonat für verheiratete Männer ähnelt. "Dann können die Teilkirchen auf der Welt, die mitgehen wollen und dort, wo es kulturell geht, beispielsweise im ersten Schritt das Amt der Diakonin einführen." Wichtig seien konkrete Schritte, "damit die Glaubwürdigkeit der Kirche nicht verloren geht", so die Dogmatikerin. "Und damit Frauen endlich zu ihrem Recht kommen."

Kardinal Marx: Versäumnisse der Kirche bei sexuellem Missbrauch

Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Reinhard Marx, übt Selbstkritik am Umgang der katholischen Kirche mit Missbrauchsvorwürfen. "Für die Kirche und auch für mich selbst war es ein schmerzhafter Lernprozess, vor allem und in allem von der

Perspektive der Opfer her zu denken und zu handeln", sagte der Kardinal der Hamburger Wochenzeitung "Die Zeit".

Die Kirche, er eingeschlossen, habe zu wenig wahrhaben wollen, was Priester jungen Menschen antun können, fügte Marx hinzu. Das Verhalten der katholischen Kirche sei den leidvollen Situationen der Opfer nicht immer angemessen gewesen. "Für mich persönlich möchte ich ausdrücklich festhalten, dass ich heute und leider erst im Nachhinein erkenne, dass ich intensiver hätte nachfragen müssen", räumte der Münchner Erzbischof ein. Anlass der Äußerung ist der Fall eines heute 32-jährigen Mannes, der als Heranwachsender vom Priester seiner katholischen Gemeinde im Saarland mehrfach missbraucht wurde. Kardinal Marx war damals, im Jahr 2006, Trierer Bischof und damit auch zuständig für das Saarland. Zur Verurteilung des Priesters kam es nicht. Die Vorwürfe waren bereits verjährt, als das mutmaßliche Opfer den Geistlichen anzeigte. Nach Aussagen des Opfers nahm die Diözese damals keinen Kontakt zu ihm auf. Sieben weitere Male war der Priester angezeigt worden. Alle Verfahren wurden eingestellt.

Indien: Hindu-Fundamentalisten hetzen gegen Christen und Muslime

Bei den Wahlen im März 2017 in Uttar Pradesh, dem mit knapp über 200 Millionen Einwohnern bevölkerungsreichsten indischen Bundesstaat, hat die ultra-nationalistische Hindu-Partei BJP (Bharatiya Janata Party) 80 Prozent aller Stimmen auf sich vereinigt und sorgt nun – ähnlich wie in anderen Bundesstaaten – für „neue Machtverhältnisse“. So werden vor allem die Bürgerrechte christlicher und muslimischer Minderheiten radikal beschnitten und vielerorts ein Klima „extremer Gewalt gegen die Ungläubigen“ erzeugt.

Peter Saunders: „Amtskirche behandelt Sexopfer mit Verachtung“

In einem Interview mit der Tageszeitung "Daily Mail" (1.4.2017) erklärte der Gründer der britischen Kinderschutzorganisation NAPAC (National Association for People Abused in Childhood), Peter Saunders, dass er seinen Glauben in die 2014 vom Papst persönlich ins Leben gerufene Schutzkommission verloren habe. Saunders und die Irin Marie Collins waren als einzige Opfer klerikaler Sexualtätäter in die 17-köpfige Kommission berufen worden. Nach wiederholten kritischen Äußerungen „zum skandalösen Umgang der Kirche mit den Opfern von Sexualverbrechen“ wurde Peter Saunders im Februar 2016 nahegelegt, die Kommission „bis auf weiteres“ zu verlassen. Marie Collins gab im Frühjahr 2017 „aus Gewissensgründen“ (vgl. Imprimatur 1/2017 den Kommentar unseres Schweizer Mitarbeiters Urs Noti "Marie Collins ging. Und wann geht Müller?") ihren Abschied aus dem Gremium bekannt.

Wörtlich sagte Saunders im Daily-Mail-Interview: „Der Papst, der es in drei Jahren nie für nötig fand, die Kommission einmal persönlich zu besuchen, ist von Kardinälen und Bischöfen umgeben, die an einer ernsthaften Aufarbeitung der Verbrechen nicht interessiert sind, weil sie entweder Sexualstraftäter gedeckt oder sich sogar selbst durch sexuelle Gewalt an Minderjährigen schuldig gemacht haben.“ Papst Franziskus, so der Brite, habe definitiv zu wenig für die „Missbrauchsoffer“ getan. Vor allem müssten einige der Berufungen in sein 9-er Beratungsgremium sowie auch Bischofsernennungen als „ein verächtlicher Schlag ins Gesicht der Opfer“ gewertet werden.

Nach Meinung von Peter Saunders wäre es am sinnvollsten, die Kommission aufzulösen. Er jedenfalls werde dorthin nicht zurückkehren.

Ruanda: Mühsame Versöhnungsarbeit nach dem Völkermord von 1994

Neben den zahlreichen kirchlichen Bemühungen um eine Versöhnung zwischen den Volksgruppen der Tutsi und Hutu in Ruanda hat nun auch die Regierung des zentralafrikanischen Landes durch eine aufsehen erregende Friedensinitiative von sich reden gemacht. Per Dekret verpflichtete sie alle Bürger, egal welcher Glaubens- oder Volksgemeinschaft sie angehören, an jedem letzten Samstag im Monat zu einem vierstündigen

gemeinnützigen Dienst. Während Geschäfte geschlossen sind und der Verkehr ruht, legen gemischte Teams bei der kommunalen Müllentsorgung, bei der Verlegung von Wasserleitungen oder bei der Instandsetzung von Straßen Hand an. Die Aktion nennt sich „Umunganda“, was, aus der Landessprache übersetzt, soviel bedeutet wie „Gemeinsam zum Wohl unseres Landes“. Nach dem Völkermord von 1994, als Hutu-Milizen innerhalb von 100 Tagen fast 1 Million Tutsi ermordeten, existieren überall in Ruanda noch immer tiefe Gräben der Feindschaft und des Misstrauens.

Päpstliches Jahrbuch: Jüngste Statistiken

Nach den jüngsten Statistiken des vor kurzem veröffentlichten Päpstlichen Jahrbuchs 2015 leben 56 Prozent aller 1,28 Milliarden Katholiken in 10 Ländern: Brasilien, Mexiko, Philippinen, Vereinigte Staaten, Italien, Frankreich, Kolumbien, Spanien, Demokratische Republik Kongo und Argentinien. Insgesamt nahm die Zahl der Katholiken zwischen 2010 und 2015 weltweit um 7,4 Prozent zu. Nur in Afrika lag die Zuwachsrate mit 19,4 Prozent deutlich über dem Durchschnitt des genannten Zeitraums.

Von den 1,28 Milliarden Katholiken leben 49 Prozent in der Karibik sowie in Nord- und Südamerika, 21,7 Prozent in Europa, 17,3 Prozent in Afrika, 11 Prozent in Asien und knapp 1 Prozent in Ozeanien und im südpazifischen Raum.

Kreml-Repression gegen Zeugen Jehovas

Nach dem Verbot der Zeugen Jehovas in Russland haben Menschenrechtler die Sorge geäußert, dass weitere Repressionen gegen kleine und unabhängige Glaubensgemeinschaften folgen könnten. Dabei werden von Beobachtern die Mormonen, die Pfingstler sowie evangelikale Denominationen genannt. Sie alle stehen als Empfänger ausländischer Gelder laut Gesetz unter Generalverdacht und werden als „extremistische Vereinigungen“ eingestuft, die die öffentliche Ordnung bedrohen und Familien zerstören.

Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch kritisierte das vom Obersten Gericht Russlands ausgesprochene Verbot und nannte das Urteil einen gravierenden Verstoß gegen Russlands Verpflichtung auf Achtung der Religions- und Versammlungsfreiheit. Die Zeugen Jehovas, zu deren Glaubensgemeinschaft sich in Russland über 100.000 Menschen bekennen, kündigten unterdessen an, dass sie die Entscheidung vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte anfechten werden.

Vatikan: Neue Zugeständnisse an Piusbrüder

In einem gemeinsamen Schreiben vom 27. März 2017 haben die Glaubenskongregation und die Päpstliche Kommission „Ecclesia Dei“ mitgeteilt, dass auf ausdrücklichen Wunsch von Papst Franziskus künftig alle Priester der Piusbruderschaft die Vollmacht besitzen, „den Gläubigen gültig die Beichte abzunehmen“.

Trotz der derzeit objektiv andauernden kirchenrechtlichen Illegitimität der Piusbruderschaft, so das Schreiben, gelte es den Gläubigen in ihren Gewissensnöten entgegenzukommen. Darum habe der Papst allen Ortsbischöfen die Erlaubnis erteilt, Eheschließungen von Gläubigen zu gestatten, die sich zur Piusbruderschaft bekennen. Wörtlich heißt es dazu: „Wann immer möglich, soll die Vollmacht zur Eheassistenz seitens des Ortsbischofs einem Diözesanpriester erteilt werden, um die Konsenserklärung der Partner bei der Feier des Sakraments entgegenzunehmen . . . Sollte kein Diözesanpriester zur Verfügung stehen, kann die erforderliche Vollmacht unmittelbar einem Priester der Bruderschaft, der auch die Messe feiert, erteilt werden. Dieser ist zu ermahnen, pflichtgemäß der Diözesankurie alsbald die Traudungsdokumente zukommen zu lassen.“

Irische Bischofskonferenz äußert sich zu Massengrab in Tuam

Die Irische Bischofskonferenz hat sich bei ihrem Frühjahrstreffen in Maynooth erstmals zum Fund eines Massengrabs auf dem Gelände eines früheren katholischen Mutter-Kind-Heims im westirischen Tuam geäußert. Die Funde erinnerten an eine Zeit, in der unverheiratete Mütter verurteilt und stigmatisiert wurden, so die Bischöfe in ihrer Erklärung.

Es gehe nun darum, sich der Vergangenheit zu stellen und aufzuklären, was geschehen sei. Die katholische Kirche unterstütze die Arbeit der Untersuchungskommission. Zudem müsse sichergestellt werden, dass die Grabstätten angemessen markiert würden, «damit der Verstorbenen und ihrer Familien mit Würde gedacht» werden könne.

Bei Probeausgrabungen auf dem Gelände des vom Orden der Bon-Secour-Schwwestern betriebenen Heims wurden laut Kommissionsbericht «erhebliche Mengen» menschlicher Überreste gefunden. Den Angaben zufolge handelt es sich dabei um Föten sowie Kinder im Alter von bis zu drei Jahren. Der Todeszeitpunkt lasse sich auf den Zeitraum zwischen 1925 und 1961 eingrenzen, in dem das Mutter-Kind-Heim betrieben wurde; ein Teil der Überreste stamme mutmaßlich aus den 1950er-Jahren.

Das ehemalige St. Mary's-Mother-and-Baby-Home geriet 2014 in die Schlagzeilen. Die Lokalhistorikerin Catherine Corless hatte ermittelt, dass für den Zeitraum zwischen 1925 und 1961 in dem Heim 796 Totenscheine für Babys ausgestellt worden waren. Im gleichen Zeitraum gab es jedoch lediglich eine beurkundete Bestattung.

Zwischen 1925 und 1961 lebten in den irischen Mutter-Kind-Heimen rund 35.000 Frauen, überwiegend unverheiratete Schwangere, die dort ihre Kinder zur Welt bringen sollten.

Weiteres US-Bistum wegen Missbrauch bankrott

Die Diözese New Ulm im US-Bundesstaat Minnesota hat wegen insgesamt 101 Missbrauchsklagen und daraus entstehenden Entschädigungsansprüchen Insolvenz angemeldet. Eine finanzielle Reorganisation sei der «gerechteste Weg» um sicherzustellen, dass alle Betroffenen angemessen entschädigt würden und zugleich die Arbeit der Kirche fortgesetzt werden könne, zitieren US-Medien den Bischof von New Ulm, John Marvin LeVoir. Die Insolvenz bezeichnete er als «einen Schritt in die Zukunft». Das Bistum wolle sich mit der Insolvenz nicht seiner Verantwortung entziehen; vielmehr gehe es darum, das verfügbare Vermögen fair zu nutzen. Man wolle vermeiden, dass die finanziellen Mittel schon nach wenigen Fällen ausgeschöpft seien und die übrigen Kläger leer ausgingen, betonte der Bischof.

Ein Großteil der Fälle geht den Angaben zufolge auf den Zeitraum der 1950er bis 1970er Jahre zurück. In Minnesota gilt eine vorübergehende Regelung, die die Verjährung von Fällen sexuellen Missbrauchs aufhebt.

New Ulm, ein Bistum mit rund 60.000 Katholiken, ist den Angaben zufolge die dritte Diözese in Minnesota, die in Konkurs geht. Zuvor hatten bereits das Erzbistum Saint Paul und die Diözese Duluth vor dem Hintergrund des Missbrauchsskandals Zahlungsunfähigkeit angemeldet. USA-weit sind nach Medienangaben 14 katholische Bistümer nach Missbrauchsklagen von Insolvenz betroffen. (kna)

Schweizer Hilfswerke geißeln «Land grabbing»

In ihrer diesjährigen Fastenkampagne haben die Schweizer Hilfswerke „Brot für alle“ und „Fastenopfer“ das Augenmerk der eidgenössischen Katholiken und Protestanten auf die weltweit stattfindende „Landnahme“, das sogenannte „Landgrapping“ gelenkt. Besonders in Indonesien, so die Hilfswerke in ihren gemeinsamen Statements, habe die „Veräußerung von bäuerlichem Privatland an internationale Unternehmen“ ein beängstigendes Ausmaß angenommen. Auf Kalimantan, der größten Insel des Landes, seien so bereits 85 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche und des Regenwaldes in den Besitz von Großunternehmen übergegangen, damit diese gewissermaßen unter Ausschluss der Öffentlichkeit Palmölplantagen und andere Monokulturen anlegen und Bodenschätze abbauen könnten. Die Hilfswerke heben in ihrer „Aktion Neuland“ hervor, dass von den Schweizer Banken nachweislich vor allem die Credit Suisse und die Basler Safra Gruppe an der Finanzierung des „Landgrappings“ auf Indonesien beteiligt seien.

Im Herbst wollen die Hilfswerke dann auch Unternehmen beim Namen nennen, welche Produkte aus dem „Landgrapping“ vermarkten. Gleichzeitig sollen die in Indonesien und anderswo investierenden Schweizer Banken und Konzerne daran erinnert werden, dass sie unter allen Umständen die Menschenrechte wahren und die Nachhaltigkeitsstandards einhalten müssen.

Einen Anfang machte die Credit Suisse mit ihren im letzten Jahr verabschiedeten „ethischen Richtlinien zur Nachhaltigkeit“, wonach u.a. auf Aktivitäten in sogenannten tropischen Primärregenwäldern verzichtet werden soll.

Kanada: Regierung wegen „Gesundheitsmaßnahmen“ in der Kritik

Kanada wird in den nächsten drei Jahren 650 Millionen kanadische Dollar, umgerechnet 455 Millionen Euro, für „reproduktive Gesundheitsmaßnahmen“ einschließlich Abtreibungen, Verhütungsmittel, Sexualerziehung und Familienplanung in Entwicklungsländern zur Verfügung stellen.

Dies gab Premierminister Justin Trudeau gemeinsam mit Entwicklungsministerin Marie-Claude Bibeau am 8. März, dem „Internationalen Frauentag“, bekannt. Mit dieser Maßnahme werde das gegenwärtige Budget für „sexuelle und reproduktive Gesundheit“ verdoppelt, sagte Trudeau.

Im Januar hatte US-Präsident Donald Trump einen Erlass unterzeichnet, der die Finanzierung von Organisationen untersagt, die Abtreibungen außerhalb der USA unterstützen. Mehrere Länder haben angekündigt, den Ausfall der Mittel aus den USA ersetzen zu wollen.

„Sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte“ seien Sammelbegriffe für Abtreibung, extreme Sexualerziehungsprogramme und Massensterilisierung in Entwicklungsländern, sagt Matthew Wojciechowski, Sprecher der kanadischen Lebensschutzorganisation „Campaign Life Coalition“. Auch die katholischen Bischöfe Kanadas haben das Vorgehen der Regierung Trudeau scharf kritisiert. In einem persönlichen Brief an den Premierminister sprach der Erzbischof von Toronto, Thomas Kardinal Collins, von einem „verwerflichen Beispiel westlichen Kulturimperialismus“.

Bistum Graz-Seckau vollzieht ökologische Umkehr

Die Diözese Graz-Seckau hat sich zu nachhaltigen Prinzipien in ihrer Arbeitsweise verpflichtet. Bischof Wilhelm Krautwaschl unterzeichnete im Frühjahr die "Leitlinien zur Nachhaltigkeit". Mit erneuerbarer Energie, sparsamer Energienutzung und öko-fairer Beschaffung soll jene "ökologische Umkehr" vorangetrieben werden, die Papst Franziskus - besonders im Blick auf die Armen - eingefordert hat.

"Die eigene Praxis ist Teil unserer kirchlichen Verkündigung", heißt es im Leitbild. In den Pfarren und kirchlichen Einrichtungen wolle man die Arbeitsweise und Entscheidungen "in Solidarität mit den Menschen aller Regionen" ausrichten, auf Bedürfnisse späterer Generationen achten, mit dem eigenen Ressourcenverbrauch die Belastung der Ökosysteme verringern und dabei auch in der Gesellschaft zu einem "stärkeren ökologischen Bewusstsein" beitragen, so der Text, der seitens des "Arbeitskreises Nachhaltigkeit" als "Kompass für unseren kirchlichen Alltag" bezeichnet wird.

Konkret nennt das fünfseitige Dokument Kriterien u.a. für die Bereiche Einkauf, Bauweise, Mobilität bis hin zum Umgang mit Liegenschaften oder der Ausrichtung von Geldanlagen. Kirchliche Feste, Feiern und Veranstaltungen sollten beispielsweise "green events" sein, mit regionalen, saisonalen und biologischen Lebensmitteln und Getränken. Eigene Ansprechpersonen für Umwelt sollen in den Pfarren zu Rate gezogen werden und den Alltag mitgestalten, zudem sollen bestehende Feiern wie etwa der Weltgebetstag für die Schöpfung, das Erntedankfest oder auch Kräutersegnungen und die kirchliche "Schöpfungszeit" im September besondere Aufmerksamkeit erhalten.

Für die Beschaffung verpflichtet sich die Diözese Graz-Seckau auf die Einhaltung öko-sozialer Standards, für welche die Prinzipien "möglichst regionaler Einkauf, faire Produktion und keine Kinderarbeit" gelten. In kirchlichen Kantinen soll der Anteil von Bio-Nahrung und vegetarischen Gerichten steigen, während man das Müllaufkommen verringern will. Ähnlich innovativ die Vorhaben bei der Mobilität: Verkehrswege - vor allem Flugreisen - sind künftig "auf das Notwendige zu beschränken". Es soll Anreize für die Nutzung des Fahrrads sowie von öffentlichen Verkehrsmitteln, Fahrgemeinschaften und Mitfahrgelegenheiten geben, und schrittweise wird auch der Fuhrpark auf verbrauchsarme Autos umgestellt.

Auf den Dächern von Pfarrhöfen, Kindergärten oder kirchlichen Verwaltungsgebäuden

werden künftig vermehrt Photovoltaik-Anlagen errichtet. Für all diese Bauten wird die Diözese auch Energiestandards entwickeln und entsprechende Kennzahlen veröffentlichen. "Zudem verpflichtet sich die Diözese zum Umstieg auf zertifizierten Öko-Strom", heißt es in dem vom Bischof unterschrieben Dokument wörtlich. Zumindest jede zehnte steirische Pfarre soll sich an der Energiewende beteiligen und bis 2020 ihren Energieverbrauch um ein Fünftel reduziert haben.